



Prof.Dr.Jürgen Rochlitz

14715- Havelaue, den 2. April 2007
Kleindorf 17
Tel.:033875-90553

BASF Aktiengesellschaft
Zentralabteilung Recht, ZRR - D 100
67056 - **L u d w i g s h a f e n**
Deutschland

Betr.: Hauptversammlung am 26.04.2007
Gegenanträge

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit zeige ich an, daß ich bei den Punkten 3,4 und 7 der Tagesordnung der diesjährigen Hauptversammlung den Vorschlägen des Vorstands und des Aufsichtsrats widersprechen und die anderen Aktionäre veranlassen werde, für meine folgenden Gegenanträge zu stimmen. Um Mitteilung dieser Gegenanträge sowie der nachstehenden Begründungen gemäß §§ 125, 126 AktG möchte ich bitten.

1) Gegenanträge zu TOP 3 und 4:

Aufsichtsrat wie auch dem Vorstand werden keine Entlastung erteilt.

Begründung:

Vorstand und Aufsichtsrat haben nicht nur im Geschäftsjahr 2006 sondern ständig in den letzten Jahren einer kaltschnäuzigen Ökonomie und einem falschen, überzogenen Kapitalismus den Vorrang gegenüber einer gesellschaftlich verantwortlichen, nämlich sozialen und ökologischen Geschäftspolitik gegeben. Sie haben die Rahmenbedingungen geschaffen für einen Gewinn, der ihnen jetzt am Halse steht, mit Hilfe

- 2) eines zigtausendfachen Personalabbaus,
- 3) der Erpressung der politischen Institutionen in Deutschland und der EU zur Senkung von Unternehmenssteuern aller Art,
- 4) der Erpressung der politischen Institutionen in Deutschland und der EU zur Deregulierung der Gesetzes- und Verordnungslage,
- 5) der Ausnutzung von vielfältig niedrigeren Arbeitsplatz- und Umweltstandards an den weltweiten Standorten.

Der Aufsichtsrat hat mit seinem Vorsitzenden den „erfolgreichsten“ Arbeitsplatzvernichter der Unternehmensgeschichte der BASF in seinen Reihen. Ausgerechnet für diese Negativleistung ein Spitzengehalt von beinahe einer halben Million Euro – damit an der Spitze der DAX-Manager stehend – beziehen zu können, spricht für die Unmoral des Aufsichtsrats. Wie dieser die Steigerung seiner Bezüge um 20,6 % begründet, wäre interessant zu hören. Vor allem besteht brennendes Interesse daran zu erfahren, wie die Diskrepanz zu einer Lohnerhöhung von 3,6% in der chemischen Industrie zustande kommt.

Heiner Geißler hat in seinem „Wutanfall“ in der ZEIT vom November 2004 zu diesem Verhalten von Führungsgremien geschrieben: „Die Gier zerfrisst den Herrschern ihre Gehirne“ und „Nur Dummköpfe und Besserwisser können den Menschen weismachen wollen, man könne auf die Dauer Solidarität und Partnerschaft in einer Gesellschaft aufs Spiel setzen, ohne dafür irgendwann einen politischen Preis bezahlen zu müssen.“

Seit Jahren schon betreibt die BASF eine verfassungswidrige Geschäftspolitik. Diese gilt es endlich zu durchbrechen. Die absolute Herrschaft der Ökonomie über den Staat und über Freiheitsrechte des Einzelnen ist jedenfalls nicht gemeint mit der Eigentumsgarantie des Art 14 Grundgesetz; dessen Gebot zur Sozialpflichtigkeit des Eigentums wurde von der BASF bisher sträflich übersehen.

Mit einem Arbeitsplatz-Abbau ohnegleichen war und ist die BASF einer der vielen Akteure, die für die Massenarbeitslosigkeit von über 5 Mio in Deutschland mitverantwortlich sind. Der BASF-Vorstand ist darüber hinaus verantwortlich für die

Folgen des in der Belegschaft steigenden Leistungsdrucks wie Gesundheitsbeeinträchtigungen, Zerstörung sozialer Zusammenhänge.

Im Zusammenhang mit dem gestiegenen Leistungsdruck ist auch für den Aktionär interessant, wie die BASF die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes – insbesondere bei den außertariflichen Angestellten – kontrolliert und überwacht, wie oft beim Normalarbeitnehmer die Zehnstundengrenze überschritten wurde verglichen mit früheren Jahren, und wie oft beim außertariflich Angestellten die Zehnstundengrenze pro Tag überschritten wird – auch im Vergleich mit den Vorjahren.

Aus der BASF wurde schon früher bezweifelt, daß die Aussagen von Klimatologen und Ökologen zum schon begonnenen Klimawandel ernst zu nehmen sind. Mehr aus ökonomischen Gründen als aus ökologischen wurden dann Konzepte wie das 3-Liter Haus, die Umstellung von Kohle auf Gas im Kraftwerk Mitte und andere Projekte mit Klimaschutzcharakter angegangen. Eine Umstellung der gesamten Geschäftspolitik, ja der gesamten Forschung unter das Leitmotiv Klimaschutz erfolgte jedoch nicht. Wie dringlich diese wäre, wird nun deutlich, wenn der Vorstandsvorsitzende höchstpersönlich in Interviews die Dramatik der Kernaussagen des 4. Sachstandsberichts des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) verharmlost.

Wir brauchen als Aktionäre der BASF nicht einen Vorstandsvorsitzenden, der sich hinter der These versteckt, erst eine Emissionsvereinbarung für die ganze Erde helfe weiter, der seine Klimavorausschau auf dem Niveau des kleinen Jungen auf der schwäbischen Alb macht („Als ich ein kleiner Junge war, gab es mal drei Jahre hintereinander keinen Schnee“; „ist das schon eine Klimakatastrophe?“).

Wir brauchen einen Vorstand, der aus dem Klimabericht die Konsequenz zieht, die gesamte Geschäftspolitik auf den dort skizzierten Wandel einzustellen.

Dies gilt insbesondere auch für die Geschäftspolitik in Bezug auf China.

Die Investitionen in China wurden massiv gesteigert – wohlwissend, dass damit einer Entwicklung Vorschub geleistet wird, die immer schneller an die Grenzen des Wachstums im ostasiatischen Raum gerät. Vor allem hat damit auch die BASF einen entscheidenden Beitrag geliefert für den durch das prosperierende China zusätzlich beschleunigten Klimawandel. Genauso wie die BASF zu den Mitverursachern der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland und anderen westlichen Industriestaaten zählt, gehört sie auch zu den Mitinitiatoren des sich abzeichnenden Öko-GAUS in China. Angelockt von billigen Arbeitskräften, von günstigen Rahmenbedingungen wie unzureichenden Umweltregulierungen hat die Gier nach Gewinn auf einem neuen, rasch wachsenden Markt das BASF-Management zu dem Gigantismus in China verleitet.

In diesem Zusammenhang wäre es interessant zu wissen, wie es zu dem Fehlstart einer THF-Anlage in Caojing kam, die nun mit 200 Mio Euro abgeschrieben werden muß.

Vielleicht sollte sich das BASF-Management fragen, ob das chinesische – von den dortigen Investoren aus den westlichen Industrieländern noch angeheizte – Entwicklungstempo noch BASF-kompatibel ist.

Es ist sicher sinnvoll, alles mögliche zu unternehmen, um das Tempo in China in Richtung Umweltkollaps zu drosseln, die sich selbst erhitzende Konjunktur abzubremesen.

Umso rätselhafter ist da ein Vorstoß der European Chamber of Commerce, die zusammen mit US-amerikanischen Vertretern bei der chinesischen Staatsregierung gegen eine geplante Verbesserung des Arbeitsrechts intervenierte. Da die BASF mit dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden in diesem Gremium prominent vertreten ist, wäre es interessant zu erfahren, wie und wozu dieser Erpressungsversuch Chinas gestartet wurde.

2) Gegenantrag zu TOP 7:

Die Umwandlung in eine Europäische Gesellschaft wird abgelehnt.

Begründung:

Mit der Umwandlung in eine Europäische Gesellschaft gewinnt das BASF-Management die einmalige Chance über alle Errungenschaften der Mitbestimmung nach deutschem Recht neu verhandeln zu können. Wie groß der Verhandlungsspielraum für die Vertreter der Arbeitnehmer sein wird, lässt sich ermessen an ihren Niederlagen in den Verhandlungen um Arbeitsplatzabbau und um Lohnerhöhungen. Damit dürfte eine 1:1 –Umsetzung deutscher Mitbestimmung nicht möglich sein; Ziel der BASF ist es, bestenfalls eine 1:100- Umsetzung zu erreichen, sonst würde sich der Aufwand für die Umwandlung ja nicht lohnen. Lohnend für die BASF sind sicher auch die Rationalisierungsgewinne, die sie durch bürokratische Verfahrensvereinfachungen erzielen wird, aber auch dies geht zu Lasten von Arbeitsplätzen, die derzeit noch mit diesen Arbeiten betraut sind. Bedauerlicherweise hat die BASF es bisher versäumt, in einer klaren Übersicht die Vor- und Nachteile für das Unternehmen und für die Arbeitnehmer, sowie für die Aktionäre darzulegen und die notwendigen Garantien für die Rechte der Arbeitnehmer und für deren Arbeitsplätze auszusprechen.

Es ist zu hoffen, dass dies auf der Hauptversammlung geschieht.

Aber auch dann gilt, solange die BASF sich nicht im gesellschaftlichen Eigentum und im Eigentum ihrer Arbeitnehmer befindet, wird die Diktatur der Ökonomie weiter zelebriert.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Jürgen Rochlitz

Anlage: Hinterlegungsbestätigung